

# Beirat in Mannheim erhält Entschädigung und Rederecht

Die Frage, wie man Jugendliche an den Themen, die junge Menschen betreffen, beteiligen kann, beschäftigt viele Gemeinderäte in ganz Baden-Württemberg. Die Möglichkeiten sind vielfältig. Und oftmals sind es nicht so sehr die allzu institutionalisierten Gremien, die für Jugendliche verlockend sind.

Von Marcus Dischinger

MANNHEIM/UHINGEN. In rund 100 Kommunen Baden-Württembergs gibt es Jugendgemeinderäte. Es ist eine Form der Jugendbeteiligung, die vom Gesetzgeber in Paragraph 41 a der Gemeindeordnung eingefordert wird (siehe Kasten). Aber sie ist nicht die zwingend vorgeschriebene Form auf kommunaler Ebene. Der Gemeinderat in Mannheim hat nun beschlossen, das seit einigen Jahren umgesetzte Konzept des Jugendbeirats weiterzuentwickeln; in Uhingen soll eine Umfrage unter Jugendlichen zeigen, wie Jugendbeteiligung überhaupt aussehen könnte.

Schon seit 2015 gibt es den Jugendbeirat in Mannheim. Er besteht aus 16 Delegierten der Jugendverbände, die im Stadtjugendring organisiert sind, des Schulbeirats, des Rings politischer Jugend und der Vertreter der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Jährlich kommt er bis zu zehn Mal zusammen. Das Höchstalter liegt bei 27 Jahren, eine Altersgrenze nach unten gibt es nicht. Aufgabe des Beirats ist es, die Interessen der Kinder und Jugendlichen von Mannheim zu vertreten oder an den verschiedenen Beteiligungsformaten beispielsweise bei den Kinder- und Jugendgipfeln mitzuwirken.

## Jugendbeirat konzeptionell auf neue Füße stellen

Auch inhaltlich war der Jugendbeirat in der Vergangenheit bei verschiedenen Themen eingebunden,



Städte und Gemeinden können Jugendbeteiligung unterschiedlich umsetzen. Mannheim wertet den Jugendbeirat auf, Uhingen gründet ein Jugendforum. FOTO: DPA/ROBIN UTRECHT

die stadtweite Bedeutung haben, etwa bei der Sanierung von Schulen oder dem Neubau der Stadtbücherei. Im Zuge der Bundesgartenschau wurde der Jugendbeirat ebenfalls befragt. Und seit Ende 2019 hat der Jugendbeirat einen Sitz mit Stimm- und Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss.

Dennoch hat der Gemeinderat jetzt beschlossen, den Jugendbeirat konzeptionell auf neue Füße zu stellen. Denn die Erwartungen, die in das Gremium gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Das geht aus einer Auflistung hervor, die die Verwaltung jetzt den Gemeinderäten

vorgelegt hat. Problembehaftet war vor allem, dass sich die Jugendbeiräte nur schwer in ihrer Rolle zu rechtfinden und unklar war, ob sie unabhängig agieren oder lediglich im Auftrag der Organisation sprechen, die sie dort vertreten.

Grundsätzlich sei es schwierig, überhaupt Jugendliche zu finden, die sich engagieren wollten, was sich dann auf die Motivation auswirke. Oft sei die Beschlussfähigkeit gar nicht erreicht worden, ein Fernbleiben habe gleichzeitig keinerlei Konsequenzen. Auch die Analyse nach innen ist vergleichsweise schonungslos: Innerhalb der Stadt-

verwaltung sei das Gremium wenig bis gar nicht bekannt. Das sei allerdings auch bei Mannheimer Jugendlichen so.

## Gemeinderat will Aufwandsentschädigung zahlen

Der Gemeinderat will künftig das Delegationsprinzip durch ein Berufungsverfahren mit öffentlicher Ausschreibung ersetzen. Eine Mitgliedschaft im Beirat soll nicht an die Zugehörigkeit einer Institution gebunden sein. Eine Berufungskommission soll sicherstellen, dass auch Vertreter von Gruppen wie Fridays for Future im Jugendbeirat mitwirken können. Ausschlaggebend soll die persönliche Motivation der Bewerber sein.

Im Gremium soll künftig eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden, gleichzeitig wird eine Anwesenheitspflicht eingeführt. Im Gemeinderat sollen Vertreter des Beirats künftig ein eigenständiges Rede-, Anhörungs- oder Antragsrecht im Sinne des Paragraphen 41a der Gemeindeordnung erhalten.

In der rund 14000 Einwohner zählenden Kommune Uhingen (Kreis Göppingen) steckt die Jugendbeteiligung noch in den Kinderschuhen. Ein Jugendgemeinderat ist seitens des Gemeinderats aber auch hier bislang geplant. Als erster Schritt wurde nun ein Jugendhaus in zentraler Lage in Betrieb genommen.

Nach den Pfingstferien soll eine Umfrage unter Jugendlichen ab zwölf Jahren starten. Die Befragten sollen formulieren, wie sie sich Beteiligung vorstellen. Dies soll in ein Jugendforum münden, bei dem es um Schwerpunktthemen aus der Umfrage gehen soll. Einbezogen werden sollen Kinder und Jugendliche aus umliegenden Gemeinden, da Sozialraum und Wohnort nicht immer übereinstimmen, heißt es in der Beschlussvorlage, die der Gemeinderat unterstützt.

### MEHR ZUM THEMA

Die Beschlussvorlage der Stadt Mannheim finden Sie unter:

<https://kurzelinks.de/Jugendbeteiligung>